

Nr. 13/14 vom 19.12.2013

Arbeitskreis Zukunftsenergien

Erwartungen an die Energiepolitik der neuen Bundesregierung

Berlin. Die erste Sitzung des Arbeitskreises Zukunftsenergien des Forum für Zukunftsenergien e. V. in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist traditionell der Diskussion über die Erwartungen verschiedener Stakeholder an die Energiepolitik der neuen Bundesregierung gewidmet. Dieses Mal lag der Fokus der Sitzung unter der Leitung des ehrenamtlichen Vorsitzenden Dr. Frank-Michael Baumann (Geschäftsführer, EnergieAgentur.NRW) auf den Themen Kapazitätsmärkte, Reform des EEG, Verteilnetze, Wärmemarkt und energieintensive Industrien.

Hildegard Müller (Mitglied des Präsidiums und Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft BDEW e.V.) betonte einleitend, dass die Phase der Analysen der Wirkungsweise von Kapazitätsmärkten und der wissenschaftlichen Diskussion über deren Mechanismen abgeschlossen sei. Die Politik habe die Sachlage erkannt und müsse endlich handeln. Dies sei aufgrund der Formulierung im Koalitionsvertrag, in der die besondere Notwendigkeit konventioneller Kraftwerke für die Zukunft betont und die Entwicklung entsprechender Mechanismen zugesichert wird, um die erforderlichen Kraftwerke im Markt zu halten, auch zu erwarten. Insgesamt sei die Lage aber nur zu meistern, wenn auch die Stakeholder ihrerseits sich kompromissbereit zeigen.

Eine gewisse Konsolidierung im Strom-Erzeugungssektor in Deutschland und Europa sei unumgänglich. Um die Versorgungssicherheit dennoch nicht zu gefährden, plädierte sie für das Modell des „Dezentralen Leistungsmarktes“. Dieses Modell sei geeignet, die erforderliche neue Ordnung im Bereich konventioneller Kraftwerke herzustellen und damit der Energiewende zum Erfolg zu verhelfen, ohne die Versorgungssicherheit und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu gefährden.

Erna Maria Trixl (Geschäftsführerin Vertrieb, Stadtwerke München) formulierte Forderungen in Bezug auf die angekündigte Reform des EEG. Vorrangig gelte es, EU-konforme Regelungen zu erarbeiten, die die unbedingt erforderliche Rechts- und Investitionssicherheit schaffen und außerdem Bestandsschutz gewährleisten.

Ein reformiertes EEG müsse für eine echte Marktintegration der erneuerbaren Energien sorgen, denn nur dann sei deren Förderung effizient. Die verpflichtende Direktvermarktung bewertete sie als eine bevorzugte Regelung. Außerdem müssten die erneuerbaren Energien Systemverantwortung übernehmen. Die marktwirtschaftlich orientierte Ermittlung der Förderhöhe sollte durch Ausschreibungen erfolgen.

Als weitere Bedingungen, die jedoch nur bedingt durch das EEG geregelt werden könnten, nannte Trixl die Abstimmung mit dem Netzausbau, die Begrenzung des Eigenstromverbrauchsprivilegs sowie eine verbesserte Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Besonders wichtig sei es, dass die erforderlichen Regelungen schnell vorgenommen werden. Der im Koalitionsvertrag genannte Zeitplan würde dieser Anforderung nicht gerecht.

Torsten Maus (Vorsitzender der Geschäftsführung, EWE NETZ GmbH) plädierte eindringlich dafür, die Situation der Verteilnetze stärker in den Fokus zu rücken, denn deren Aus- und Umbau sei für die Energiewende unabdingbar. Der herkömmliche Netzausbau stoße angesichts der ungeheuren Dynamik des Zubaus der erneuerbaren

Energien an seine Grenzen; dies gelte insbesondere für strukturschwache Räume. Deshalb müssten die Netze mit intelligenter Technik ausgestattet werden, um ein systematisches Zusammenspiel von Energieerzeugung, Speicherung und Verbrauchsgeräten mit den Mitteln der modernen Kommunikations- und Informationstechnik abzusichern. Dabei sei allerdings auch eine Verbesserung der Investitionsbedingungen für die Verteilnetzbetreiber eine entscheidende Voraussetzung. Schließlich sei zu berücksichtigen, dass eine vermehrte EE-Eigenerzeugung durch ungerechte Kostenverteilung automatisch zu einer zunehmenden Entsolidarisierung führe.

Maus forderte deshalb eine pragmatische und schnelle Umsetzung der Beschlüsse des Koalitionsvertrages. Notwendig seien u.a. die Vereinbarung eines langfristigen energiewirtschaftlichen Ziel-Szenarios für Netze und ein darauf ausgerichteter Regulierungsrahmen.

Udo Wichert (Präsident, AGFW – Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e.V.) machte deutlich, dass mit der Kraft-Wärme-Kopplung und dem Wärmemarkt bereits heute das Potential und die Instrumente zur Verfügung stünden, um alle energiepolitischen Ziele der Bundesregierung gleichzeitig zu erreichen. Die Branche verfüge über die erforderlichen mehrschichtigen und mehrdimensionalen Lösungsmöglichkeiten, die auf bestehenden Effizienztechnologien aufbauen und sowohl auf der Strom- als auch auf der Heizungsseite „smart“ seien. KWK und Fernwärme seien für die Gesellschaft wirtschaftlich günstiger als jeder anderer Weg zur CO₂-Vermeidung, griffen nicht in die Freiheiten des Einzelnen ein, bedeuteten für den Endkunden keine großen Investitionen und trügen dazu bei, den zukünftigen Strom- und Wärmemarkt maximal zu flexibilisieren.

Um das KWK / Fernwärmesystem hinreichend nutzen zu können, sprach sich Wichert für den Erhalt und den Ausbau hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung-Technik aus. Für den Einsatz der Power-to-Heat-Technik müssten klare Voraussetzungen geschaffen werden. Hocheffizienztechnologien sollten bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie nicht benachteiligt werden. Ferner plädierte Wichert für eine Gleichbehandlung von systemstützenden, netzbasierten KWK-Anlagen und KWK-Eigenversorgung vor Ort sowie für eine Kompensationsregelung für Effizienz und erneuerbare Energien im Mietrecht und die konstruktive Weiterentwicklung des EEWärmeG .

Dr. Hans-Jörg Preisigke (Leiter Energiepolitik / Regulierungsmanagement, Currenta GmbH & Co. OHG) lobte das deutliche Bekenntnis zur KWK-Technologie im Koalitionsvertrag und formulierte aus Sicht der Chemieindustrie Forderungen an die Energiepolitik der neuen Bundesregierung. Er sprach sich für eine Begrenzung des EEG-Fördervolumens und eine verpflichtende Direktvermarktung mit stark degressiver Marktintegrationsprämie aus. Ferner plädierte er für den Erhalt der industriellen Sonderregelungen im EEG, speziell für die besondere Ausgleichsregelung und für die Vermeidung von Belastungen der Eigenerzeugung in KWK-Anlagen sowie im Rahmen von Kuppelgasverstromungen. Auch sollte es verbesserte Anreize für industrielle Flexibilität geben. Schließlich befürwortete er ein weitgehend marktbasierendes Strommarktdesign, das Anreize für neue Kraftwerksprojekte bei möglichst geringen Zusatzkosten für Letztverbraucher biete.

Der Inhalt der Vorträge diene als Impuls für die anschließende Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß (CDU/CSU), Bernd Westphal (SPD), Eva Bulling-Schröter (Die Linke) und Oliver Krischer (Bündnis 90 Die Grünen). Im Fokus der Debatte stand ferner das am gleichen Tag gegen Deutschland eingeleitete EU Beihilfverfahren wegen der besonderen Ausgleichsregelung im EEG.

Die Präsentationen der Vortragenden stehen auf der Website des Forum für Zukunftsenergien e.V. zum Download bereit.

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises Zukunftsenergien findet am 15.01.2014 in Berlin zum Thema „Grid Parity – Folgen für die Energieversorgung“ statt. Anmeldungen werden per Email (info@zukunftsenergien.de) entgegen genommen.

Das Forum für Zukunftsenergien e.V. bedankt sich bei der Deutsche Bank AG für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien e.V. ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Katja Freitag
Projektleiterin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstraße 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de